



Studierendenparlament der TUD

Organ der Studierendenschaft

der Technischen Universität Darmstadt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Protokoll vom 13.06.2019

Sitzungsbeginn: 19:01 Uhr

Sitzungsende: 20:10 Uhr

Sitzungsleitung: David Grünewald

Protokoll: Yannis Illies, Henry Krumb

Wahlausschuss: Shan Ullah und Lasse Stelzer

Zu Beginn der Sitzung Stimmberechtigte: 16

Präsident	Sven Klipfel
Präsident	David Grünewald
Schriftführer	Yannis Illies
Schriftführer	Henry Krumb

Post
AStA der TU Darmstadt
Hochschulstr. 1
64289 Darmstadt

Telefon
06151-16-28360
Internet
www.stupa.tu-darmstadt.de

Tagesordnung

TOP 0: Genehmigung der Tagesordnung	3
TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 22.05.2019 (P1)	3
TOP 2: Mitteilungen des Präsidiums	3
TOP 3: Anträge von Gästen	4
TOP 4: Beratung über Berichte	4
TOP 5: Antrag auf Strukturänderung des gewählten AStA (A1)	5
TOP 6: Wahl des Referats Verwaltung & Finanzen	5
TOP 7: Begrenzung von Sitzungsgeldern (A2)	6
TOP 8: Werbung in Mensen (R1)	7
TOP 9: Zugang zur Briefwahl erleichtern (R2)	8
TOP 10: Sonstige Anträge und Resolutionen	8
a) TU-LKW mit Abbiegeassistenzsystemen ausstatten (R3)	8
b) Umsetzung von Anträgen der PARTEI Hochschulgruppe	9

[19:02] TOP 0: Genehmigung der Tagesordnung

Es ist nach Versand der Einladung noch eine Resolution (R3) eingegangen, die unter *Sonstige Anträge und Resolutionen* behandelt wird.

Abstimmung zur Genehmigung der Tagesordnung [19:02]

dafür	16
dagegen	0
enthalten	0

—→ *Damit ist die Tagesordnung genehmigt.*

[19:03] TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 22.05.2019 (P1)

Abstimmung zur Genehmigung des Protokolls (P1) [19:03]

dafür	16
dagegen	0
enthalten	0

—→ *Damit ist das Protokoll (P1) genehmigt*

[19:04] TOP 2: Mitteilungen des Präsidiums

- Henry hat mit der Archivierung der Protokolle begonnen. Die ersten sind bereits auf der Seite des DADS-Projekts abrufbar.
- Die Wahlergebnisse der Hochschulwahlen liegen vor.
Bis auf den RCDS sind alle zur Wahl zugelassenen Listen im nächsten StuPa vertreten.
- Das Präsidium äußert die Bitte an alle Listen, ihre Wahlplakate abzuhängen.

[19:05] TOP 3: Anträge von Gästen

Es liegen keine Anträge von Gästen vor.

[19:05] TOP 4: Beratung über Berichte

Rechenschaftsbericht des gewählten AStA:

Anmerkung: (SDS) Der Bericht kam zu spät.

Frage: (SDS) Ist das Dezernat IV auf den AStA zugekommen bzgl. Neuordnung der Räume politischer Hochschulgruppen?

Antwort: Nein.

Frage: (SDS) Das Alte Hauptgebäude ist zu Heinerfest und Schlossgrabenfest geschlossen. Wird seitens des AStA etwas dagegen unternommen, dass die Räumlichkeiten des AStA in dieser Zeit nicht zugänglich sind?

Antwort: Nicht nach Kenntnisstand der Anwesenden. Personen mit Schließberechtigung hatten Zugang zum Alten Hauptgebäude.

Frage: (SDS) Bzgl. der Hochschulwahl gab es kaum Öffentlichkeitsarbeit vom AStA. Auch die Wahlergebnisse sind noch nicht auf der Website. Warum?

Antwort: Die Veröffentlichung der Wahlergebnisse werde nachgeholt.

Frage: (LHG) Warum wurde die LHG nicht als wählbare Liste auf der Seite der Studierendenschaft aufgeführt?

Antwort: Das war ein Versehen; hervorgerufen durch einen Copy-Paste-Fehler.

19:10 Uhr: Alexander Praus erscheint zur Sitzung.
Es sind nun 17 Stimmberechtigte anwesend.

19:12 Uhr: Felix Dörnfeld erscheint zur Sitzung.
Es sind nun 18 Stimmberechtigte anwesend.

19:12 Uhr: Moritz Genschow erscheint zur Sitzung.
Es sind nun 19 Stimmberechtigte anwesend.

19:13 Uhr: Armin Alizadeh (in Vertretung für Finn Ihmels) erscheint zur Sitzung.
Es sind nun 20 Stimmberechtigte anwesend.

19:13 Uhr: Johanna Brust erscheint zur Sitzung.
Es sind nun 21 Stimmberechtigte anwesend.

Weiteres:

Frage: (Präsidium) Gab es eine RPA Sitzung?

Antwort: Nein; die Terminfindung war kaum möglich.

Nachtrag: Der RPA kann nicht vom StuPa einberufen werden.

[19:16] TOP 5: Antrag auf Strukturänderung des gewählten AStA (A1)

Antragssteller*innen: AStA der TU Darmstadt

Die Liegegebliebene Arbeit im AStA soll abgearbeitet werden. Dafür hat David Meier-Arendt seine Hilfe angeboten.

Abstimmung über den Strukturänderungsantrag (A1) [19:17]

dafür	18
dagegen	0
enthalten	3

→ *Damit ist der Antrag (A1) angenommen.*

19:18 Uhr: Zahedullah Helmand erscheint zur Sitzung.
Es sind nun 22 Stimmberechtigte anwesend.

[19:18] TOP 6: Wahl des Referats Verwaltung & Finanzen

David Meier-Arendt kann wegen eines Terminkonfliktes nicht an der Sitzung teilnehmen. Vorstellung seiner Person durch Helena Wolf:

David hat viel Erfahrung als AStA-Referent und war einige Jahre Mitglied des StuPa. Er ist Mitglied der Hochschulgruppe Jusos und Unabhängige. Seine AE würde 200 € betragen.

Frage: (SDS) Das StuPa-Präsidium ist komplett männlich besetzt, wie auch die QSL-Kommission. Der AStA-VZ ist zu drei Vierteln männlich besetzt. Wie bewertet ihr (Jusos) das?

Antwort: (Jusos) In Zukunft wird darauf hingearbeitet, mehr Frauen für hochschulpolitischen Gremien zu gewinnen.

Die Sitzung wird zur Auszählung der Stimmen für fünf Minuten pausiert.

19:33 Uhr: Fortsetzung der Sitzung

Wahl des Referats Verwaltung & Finanzen (W1) [19:28]

dafür	17
dagegen	3
enthalten	1
ungültig	1

→ Damit ist David Meier-Arendt als Referent für Verwaltung und Finanzen gewählt.

19:35 Uhr: Armin Alizadeh verlässt die Sitzung.
Es sind nun 21 Stimmberechtigte anwesend.

[19:35] TOP 7: Begrenzung von Sitzungsgeldern (A2)

Antragssteller*innen: LHG

Die ursprüngliche Begründung wird zurückgenommen, sie enthalte Fehler. Der Antrag schließe an an einen früheren Antrag einer anderen Hochschulgruppe. Das Amt sei nur ein Ehrenamt und solle als solches entschädigt werden. Die aktuelle Aufwandsentschädigung sei dem Arbeitsaufwand nicht angemessen. In der Vergangenheit habe es Präsidien mit zwei Mitgliedern gegeben; unabhängig von diesem Antrag könne man sich eine Verkleinerung des StuPa-Präsidiums vorstellen.

Frage: (Jusos) Dass das Präsidium verkleinert werden soll ist nicht Teil des Antrags. Geht es darum, dass insgesamt weniger ausgegeben wird oder dass pro Person weniger ausgegeben wird? Die Arbeit sei mit zwei Personen nicht zu stemmen.

Antwort: Wenn nur noch zwei Mitglieder im Präsidium säßen, seien jeweils 60 Euro angemessen.

Anmerkung: Der Antrag hätte als Änderung der Finanzordnung gestellt werden müssen, nicht als gewöhnlicher Antrag.

Änderungsantrag (LHG) zu A2: Statt "15 € für Schriftführer*innen" jetzt "30 € für Schriftführer*innen".

Der Änderungsantrag wird von den Antragssteller*innen übernommen.

19:40 Uhr: GO-Antrag auf Sitzungspause (GO §19 Abs. 6, 3.)

Formale Gegenrede

Der GO-Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag (A2) [19:43]

dafür	4
dagegen	15
enthalten	2

→ *Damit ist der Antrag abgelehnt.*

19:44 Uhr: Sven Mandl erscheint zur Sitzung.
Es sind nun 22 Stimmberechtigte anwesend.

[19:44] TOP 8: Werbung in Mensen (R1)

Bisher ist es religiösen und politischen Hochschulgruppen untersagt, in den Mensen zu werben. Die katholische Hochschulgruppe beispielsweise wirbt trotzdem. Die LHG hat nachgefragt, bekam aber keine Erlaubnis vom Studierendenwerk. Deshalb beantragt sie, dass allen hochschulpolitischen Parteien erlaubt wird, in den Mensen zu werben.

Anmerkung (CG) Das habe man schon oft versucht, es habe viele Gespräche mit der Mensaleitung gegeben. Der Antrag könne so nicht umgesetzt werden. Er hätte als Resolution eingereicht werden sollen.

19:45 Uhr: Johanna Brust verlässt die Sitzung.
Es sind nun 21 Stimmberechtigte anwesend.

Antwort: (LHG) Die studentischen Vertreter in den jeweiligen Gremien haben nichts davon gewusst. Es soll als Aufforderung an sie verstanden werden. Der Antrag ist prinzipiell als Resolution zu verstehen. Das Signal wäre so deutlicher.

Frage: (SDS) Wird den Antrag wegen der Begründung ablehnen. SDS habe schon Kontakt mit dem Studierendenwerk gehabt. Die hochschulpolitischen Listen würden das alle prinzipiell genauso sehen. In der Wahlwoche dürfe und solle aber nicht gewählt werden, das sollte auch Konsens sein.

Antwort: In der Wahlwoche solle es auch nicht gestattet werden.

Frage: (DU) Spricht sich für eine Resolution aus, statt für einen Antrag, die dann mit einem großen Konsens gestellt werden solle. Der Antrag habe in seiner Formulierung noch Probleme. "Mehrere Parteien"? Was ist "neutrale Parteiwerbung"? Diese Details müssten erst geklärt werden.

Anmerkung: (Jusos) Es werde nur von studentischen Vertretern gesprochen. Dass prinzipiell auch Vertreter*innen gewählt sein könnten, sollte berücksichtigt werden.

Antwort: Momentan seien nur Männer gewählt, dann müsse man auch nur sie ansprechen.

Anmerkung: (Jusos) Die Begründung könne so nicht übernommen werden.

LHG zieht den Antrag zurück und schlägt vor, eine gemeinsame Resolution zu erarbeiten, die vor ihrer Einreichung mit allen Listen besprochen wird.

[19:56] TOP 9: Zugang zur Briefwahl erleichtern (R2)

Antragssteller: LHG

Anmerkung aus dem StuPa-Präsidium: Dazu wäre eine Änderung der Wahlordnung nötig.

Es gibt einen Änderungsantrag, der Anmerkungen vom Wahlausschuss mit einbezieht, der übernommen wird.

Abstimmung der Resolution “Zugang zur Briefwahl erleichtern” (R2) [20:00]

dafür	21
dagegen	0
enthalten	0

→ *Damit ist die Resolution verabschiedet.*

[20:00] TOP 10: Sonstige Anträge und Resolutionen

a) TU-LKW mit Abbiegeassistenzsystemen ausstatten (R3) [20:00]

Antragssteller*innen: FACHWERK

Begründung der Eile: Die Veranstaltung war erst gestern.
Die Begründung der Eile wird angenommen.

Verantwortung für Unfälle werde an Fahrradfahrer abgegeben. Auch die Polizei stelle das auf Infoveranstaltungen so dar.

Frage: (DIE PARTEI) Inwieweit verunsichert die Information über einen toten Winkel die Studierenden?

Antwort: Der Begriff toter Winkel sei schwierig: Nur theoretisch möglich, praktisch unklar was genau gemeint ist.

Frage: (DU) Um wie viele LKW handelt es sich?

Antwort: Sicher nicht mehr als 50.

Frage: (LHG) Punkte 2 und 4: Gelten die nur für LKW-Fahrer*innen oder alle Beschäftigten?

Sollten nicht alle geschult werden?

Antwort: Die Beschäftigten stellen keine Gefahr dar.

Frage: Bei PKW gebe es doch tote Winkel. Ist das so gemeint, dass LKW einfach keinen toten Winkel hätten?

Antwort: Technische Details siehe:

Frage: Was kostet so eine Schulung pro LKW? Wer zahlt das? Die Uni zentral oder die Fachbereiche, denen die LKW gehören? Das müsse man konkreter formulieren.

Antwort: Der Einbau koste etwa 1000 €, das seien etwa 1% des Preises von einem LKW.

19:59 Uhr: Felix Ziegler verlässt die Sitzung.

Es sind nun 20 Stimmberechtigte anwesend.

Abstimmung über die Resolution "TU-LKW mit Abbiegeassistenzsystemen ausstatten" (R3) [20:05]

dafür	18
dagegen	0
enthalten	2

→ *Damit ist die Resolution verabschiedet.*

b) Umsetzung von Anträgen der PARTEI Hochschulgruppe [20:05]

DIE PARTEI moniert, dass mehrere Anträge der PARTEI Hochschulgruppe nicht umgesetzt wurden. Zum einen ihr Antrag zur "Cantinaband" und zweitens der Antrag zur Podiumsdiskussion zur Hochschulwahl. Das gebe ein schlechtes Bild ab. Wenn wir uns eine bessere Wahlbeteiligung und eine bessere Wahrnehmung des Studierendenparlaments wünschten, sollten wir solche Beschlüsse umsetzen.

Frage: DIE PARTEI habe sich darum kümmern wollen, den Software AG Hörsaal in SWAG Hörsaal umzubenennen. Wie ist der Fortschritt?

Antwort: Die Idee wurde publik gemacht und der Kanzler informiert. Bisher keine Antwort.

Anwesende

Campusgrüne: Johanna Elisa Brust, Sophia Trippe, Yannis Illies, Anika Schmütz, Adriana Lanza (Vertretung für Christian Schumacher), Daniel Engel (Vertretung für Ellen Ulmer), Johanna Saary, Johannes Richter, Michael Spiehl

FACHWERK: Felix Dörnfeld, Lisa Morath, Henry John Krumb, David Grünewald

JUSOS & Unabhängige: Felix Ziegler, Laura Helena Wolf, Armin Alizadeh (Vertretung für Finn Ihmels)

Linke Liste – SDS: Lasse Stelzer, Alexander Praus

Die Unabhängigen: Daniel Mennekes

Die PARTEI Hochschulgruppe: Sven Mandl

Liberale Hochschulgruppe: Lukas Goebel, Moritz Genschow, Zahedullah Helmand

Gäste: Shan Ullah

Anlagen

TOP	eingebraachte Fassung	Beschlussfassung
TOP 4	B1	B1
TOP 5	A1	A1
TOP 7	A2	abgelehnt
TOP 8	R1	zurückgezogen
TOP 9	R2	R2 ÄA1
TOP 10	R3	R3

Anlage Bericht B1

Rechenschaftsbericht für das StuPa am 13.06.2019

Finanzen

- Gespräche mit der Sparkasse zur Einrichtung der Zahlungsberechtigungen für den neu gewählten VZ
- Einarbeitung in den aktuellen Stand der Arbeiten zum Jahresabschluss.
- Aktualisierung der Übersichten des Personalkostencontrollings und der Liquidität des AStA.
- Koordination der gemeinsamen Arbeitsabläufe mit der Lohnbuchhaltung.
- Protokollieren von Mitarbeiter_innengesprächen.

Personal

- Einarbeitung in die Abläufe der Personalverwaltung, sowie der Vorstandsarbeit allgemein
- Kennenlernen der Software zur Zeiterfassung
- Führen von Personal- und Mitarbeiter_innengesprächen

Kultur

- Bearbeitung von Anfragen bzgl. des Staatstheatertickets

Verwaltung/Öffentlichkeit

- Teilnahme an fzs Seminar "Medien, Demokratie und Öffentlichkeitsarbeit"

Übersicht Haushalt 13.06.2019

	Haushalt 2019	Geblockt	Ausgezahlt	Differenz HH-G&A	Auslastung	
20101	Aufwandsentschädigungen AStA	160.000,00 €	300,00 €	64.324,63 €	95.375,37 €	40 %
20102	Löhne und Gehälter	170.000,00 €	0,00 €	83.285,09 €	86.714,91 €	49 %
20103	Jobticket	1.800,00 €	0,00 €	697,92 €	1.102,08 €	39 %
20104	Fort- und Weiterbildung	10.000,00 €	0,00 €	2.745,29 €	7.254,71 €	27 %
20105	Aufwandsentschädigungen Fahrradwerkstatt	17.000,00 €	0,00 €	6.475,24 €	10.524,76 €	38 %
20106	Aufwandsentschädigungen Campusoffice	4.800,00 €	0,00 €	1.000,00 €	3.800,00 €	21 %
20107	Arbeitsschutz	2.000,00 €	0,00 €	903,10 €	1.096,90 €	45 %
20108	Aufwandsentschädigungen StuPa	6.100,00 €	0,00 €	800,00 €	5.300,00 €	13 %
20213	Getränke Sitzungen u.ä.	4.000,00 €	0,00 €	873,15 €	3.126,85 €	22 %
201xx	SUMME Personalkosten	375.700,00 €	300,00 €	161.104,42 €	214.295,58 €	43 %
20201	Steuerbüro und Nebenkosten Zahlungsverkehr	17.000,00 €	0,00 €	5.572,29 €	11.427,71 €	33 %
20202	Bürobedarf	7.000,00 €	0,00 €	1.152,02 €	5.847,98 €	16 %
20204	Reparaturen und Anschaffungen	4.000,00 €	500,00 €	2.076,90 €	1.423,10 €	52 %
20205	Porto	500,00 €	0,00 €	140,00 €	360,00 €	28 %
20206	Telefon und Fax	1.200,00 €	0,00 €	409,04 €	790,96 €	34 %
20207	Sonstige Betriebskosten	3.000,00 €	0,00 €	1.264,26 €	1.735,74 €	42 %
20208	Technische Infrastruktur	10.000,00 €	0,00 €	5.110,80 €	4.889,20 €	51 %
20209	Anschaffungen u. Ausgaben Fahrradwerkstatt	4.000,00 €	0,00 €	782,71 €	3.217,29 €	20 %
20210	Versicherungen	2.500,00 €	0,00 €	1.089,41 €	1.410,59 €	44 %
20211	Wirtschaftsprüfung	500,00 €	0,00 €	- €	500,00 €	0 %
202xx	SUMME Büro- und Geschäftskosten	49.700,00 €	500,00 €	17.597,43 €	31.602,57 €	35 %
20401	Verschiedene Zuschüsse und Beiträge	2.000,00 €	0,00 €	593,13 €	1.406,87 €	30 %
20403	Mitgliedschaftsbeitrag Bdwi	550,00 €	0,00 €	- €	550,00 €	0 %
20407	Studentischer Akkreditierungspool	1.000,00 €	0,00 €	110,98 €	889,02 €	11 %
20408	Verein für in Not geratene Studierende Da.	5.000,00 €	0,00 €	- €	5.000,00 €	0 %
20409	Druckkosten Queerulant_in	1.500,00 €	0,00 €	1.500,00 €	- €	100 %
20410	Druckkosten Campus Office	500,00 €	0,00 €	- €	500,00 €	0 %
20411	vielbunt e.V.	500,00 €	0,00 €	- €	500,00 €	0 %
20412	FZS	12.572,00 €	0,00 €	10.022,00 €	2.550,00 €	80 %
20413	Kinderbetreuung für stud. Mandatsträger*Innen	1.000,00 €	0,00 €	- €	1.000,00 €	0 %
204xx	SUMME Zuschüsse und Beiträge	24.622,00 €	- €	12.226,11 €	12.395,89 €	50 %

20502	Veranstaltungen, Aktionen und Freie Bildung	30.000,00 €	15.394,00 €	2.148,19 €	12.457,81 €	7 %
20503	Veranstaltungen, Aktionen und Freie Bildung-ex	16.000,00 €	3.761,11 €	2.034,69 €	10.204,20 €	13 %
20504	Reisekosten	5.000,00 €	0,00 €	- €	5.000,00 €	0 %
20507	CSD Darmstadt	2.500,00 €	0,00 €	- €	2.500,00 €	0 %
20508	GmG Aktionswochen	1.500,00 €	0,00 €	- €	1.500,00 €	0 %
20509	Projektmittel	7.000,00 €	1.330,00 €	285,60 €	5.384,40 €	4 %
205xx	SUMME Kampagnen und Aktionen	62.000,00 €	20.485,11 €	4.468,48 €	37.046,41 €	7 %
20601	Veranstaltungen	4.000,00 €	3.734,50 €	- €	265,50 €	0 %
206xx	SUMME Kultur	4.000,00 €	3.734,50 €	- €	265,50 €	0 %
20701	Informationsmedien	3.000,00 €	0,00 €	2.267,83 €	732,17 €	76 %
20702	Zeitung des AstA	4.000,00 €	0,00 €	- €	4.000,00 €	0 %
20704	allgemeine Druckmedien	1.000,00 €	0,00 €	- €	1.000,00 €	0 %
207xx	SUMME Informationen	8.000,00 €	- €	2.267,83 €	5.732,17 €	28 %
20801	festе Sprechstunde	14.000,00 €	0,00 €	3.623,00 €	10.377,00 €	26 %
20802	Rechtsprüfungen und Beratung in Spezialfällen	22.000,00 €	226,10 €	- €	21.773,90 €	0 %
20803	Gerichts- und Anwaltskosten	3.000,00 €	0,00 €	1.427,25 €	1.572,75 €	48 %
208xx	SUMME Rechtshilfe	39.000,00 €	226,10 €	5.050,25 €	33.723,65 €	13 %
20901	Fachschaften	40.000,00 €	26.502,60 €	11.627,88 €	1.869,52 €	29 %
20902	Ausrichtung von Bundesfachschaftentagungen	10.000,00 €	0,00 €	- €	10.000,00 €	0 %
209xx	SUMME Fachschaften	50.000,00 €	26.502,60 €	11.627,88 €	11.869,52 €	23 %
21001	Hochschulgruppen	25.000,00 €	14.811,48 €	5.057,40 €	5.131,12 €	20 %
21002	TUD Schauspielstudio e.V.	6.000,00 €	0,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	50 %
21003	TUD Big Band	3.000,00 €	0,00 €	3.000,00 €	- €	100 %
210xx	SUMME Hochschulgruppen	34.000,00 €	14.811,48 €	11.057,40 €	8.131,12 €	33 %
21801	Politische Listen: Politisierung und Information	4.000,00 €	0,00 €	767,92 €	3.232,08 €	19 %
21802	Allgemeine Hochschulwahlbewerbung	2.500,00 €	0,00 €	122,38 €	2.377,62 €	5 %
21803	Listenarbeit	3.000,00 €	0,00 €	163,69 €	2.836,31 €	5 %
218xx	SUMME Hochschulpolitik	9.500,00 €	- €	1.053,99 €	8.446,01 €	11 %

Anlage Antrag A1 (angenommen)

Antrag auf Strukturänderung des gewählten AStA

Antragsteller*in: AStA

Das Studierendenparlament möge beschließen die Struktur des gewählten AStA wie folgt zu verändern:

Die aktuelle Struktur, bestehend aus vier Referaten

- (1) Finanzen, IT & Fachschaften
- (2) Personal & Kultur
- (3) Verwaltung & Öffentlichkeit
- (4) Personal & Wohnen

bleibt erhalten, wobei die Referatsnamen von (1) und (4) nach Geschäftsordnung §24 Abs. 2 wie folgt geändert werden:

- (1) Finanzen
- (4) Personal & Politische Bildung

Zusätzlich soll ein weiteres Referat

- (5) Verwaltung & Finanzen

eingerrichtet werden.



Antrag “Begrenzung von Sitzungsgeldern”

Antragsteller:

Liberale Hochschulgruppe Darmstadt

Das Studierendenparlament der Technischen Universität Darmstadt möge beschließen:

Die Präsidentinnen und Präsidenten des StuPa's erhalten 30€ statt bisher 100€ Sitzungsgeld.

Die Schriftführerinnen und Schriftführer des StuPa's erhalten 15€ statt bisher 100€ Sitzungsgeld.

Begründung:

Es fällt auf, dass das Präsidium (zumindest bis zur Nachwahl) sehr oft wichtige Sachen, nach eigener Aussage: "vergessen hat", viel zu spät zu Sitzungen erscheint, Protokolle waren regelmäßig unvollständig, Benachrichtigungen werden zu spät gegeben, Veröffentlichungen der Protokolle im Netz fanden sehr spät statt.

Insgesamt befindet die LHG den Arbeitsaufwand der Präsidentinnen und Präsidenten und Schriftführer nicht dem von ca. 10 Stunden und 10€/Stunde zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzung angemessen.

Die neue Höhe soll ein Vorschlag sein und sich am Arbeitsaufwand orientieren.

Bisher werden 4 mal 100€ pro Sitzung ausgegeben. Auf etwa 10 Sitzungen gerechnet ergibt das 4000€.

Unser Vorschlag reduziert die Diskrepanz des monetären Ausgleichs für das “EHRENAMT”



der Präsidiumsmitglieder wie der gewählten Mitglieder des StuPa. Der Zeitaufwand der anderen Mitglieder des StuPa's wird zur Zeit nicht berücksichtigt. Da diese jedoch ihre Arbeitszeit dementsprechend umlegen oder verzichten müssen zu arbeiten ist eine Vergütung von mehr als 30€ nicht zu rechtfertigen. Dies soll auch die Glaubwürdigkeit des StuPa erhöhen, sowie Mitglieder der politischen Hochschulgruppen motivieren Teil des demokratischen Systems an der Universität zu werden. Wir beobachten, dass gerade unter den Koalitionsparteien regelmäßig Mitglieder der Sitzung fernbleiben.

Mit der neuen Regelung würden in Zukunft 90€ pro Sitzung also 900€ in der Legislatur für das Präsidium vorgesehen. Insgesamt ließen sich somit 3100€ sparen mit denen man die Studierenden entlasten könnte.

Die Liberale Hochschulgruppe kritisiert die Selbstbereicherung auf Kosten der Studierenden durch die Koalition aus FACHWERK, CampusGrünen und Jusos HSG. Wir sind überrascht, dass FACHWERK trotz derselben Forderung in vergangenen Legislaturen bisher nichts unternommen hat, die willkürliche Erhöhung der Zahlungen an das Präsidium von damals 10€ zunächst auf 30€ (bis zum 22.11.2017) und danach nunmehr auf 100€ rückgängig zu machen.

“Dabei ist es egal, ob die Sitzung 3 Stunden oder 15 Minuten dauert und ob die Vorbereitung besonders aufwendig ist oder nur aus dem Zusammenstellen einer Tagesordnung und dem Einladen besteht. Die Kosten des Studierendenparlaments werden damit von bisher 1500€ auf mehr als 5000€ pro Legislatur erhöht.”- FACKWERK 22.11.2017

Und weiter:

“Die Studierenden in den Fachschaften und Hochschulgruppen investieren viel Zeit und leisten unglaublich viel gute Arbeit, ohne dafür finanziell irgendwie entschädigt zu werden. Für viele ist die Selbstbedienung der Koalitionsparteien der blanke Hohn.”- ebd.

Es wird weiter darauf hingewiesen, dass sich die Fachschaftenkonferenz (FSK) erst kürzlich einen Ausgleich von 30€ für denjenigen der ausrichtenden Fachschaft bereitstellen möchte, der das Protokoll “formatiert”, damit es veröffentlicht werden kann. Der Betrag wurde bewusst gewählt. Ein höherer Betrag wurde einvernehmlich als zu hoch festgestellt.



Antrag: Werbung in Mensen

Antragsteller:

Liberale Hochschulgruppe Darmstadt

*Das Studierendenparlament der Technischen
Universität Darmstadt möge beschließen:*

Die studentischen Vertreter im Verwaltungsrat des Studierendenwerkes werden aufgefordert, das Studierendenwerk anzuregen, die bisherige "Lösung" zur Werbung in den Mensen zu überdenken und folgende Absätze passend einzupflegen:

Politischen Hochschulgruppen sei es ausdrücklich gestattet, im Rahmen der Hochschulwahlen werben zu dürfen.

Desweiteren dürfen politische Hochschulgruppen allgemein zu sogenannten Infoveranstaltungen, an denen mehrere Parteien teilnehmen, zu Europawahlen, Bundestagswahlen, Landtagswahlen und kommunalen Wahlen werben und zur Teilnahme an der jeweiligen Wahl aufrufen.

Begründung:

Bisher gilt:

"Über die Zulässigkeit von Werbeaktionen allgemein kann das Studierendenwerk Darmstadt in seinen Liegenschaften nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden. Es weist solche Veröffentlichungswünsche zurück, deren Inhalt gegen eine behördliche Anordnung, gegen Gesetze, gegen die guten Sitten verstößt oder in sonstiger Weise diskriminierend zu wirken geeignet ist.



Kommerzielle Inhalte und solche, die **als Werbung für** religiöse, **politische und weltanschauliche Gruppierungen** sowie als Werbung für Tabak, Alkohol und andere Drogen aufgefasst werden können, sind ausgeschlossen.

Im Besonderen sind Inhalte, die als Werbung für Produkte bzw. Dienstleistungen aufgefasst werden können, welche in Konkurrenz zu den Produkten bzw. Dienstleistungen des Studierendenwerks stehen, nicht zulässig. So sind beispielsweise Veranstaltungshinweise erwünscht, nicht jedoch Hinweise auf Angebote bzgl. Essen und Trinken im Zusammenhang mit den entsprechenden Events oder den Veranstaltungsorten.“

Die Liberale Hochschulgruppe Darmstadt versuchte zu mehreren Informationsveranstaltungen im Zuge einer Kooperationskampagne mehrerer demokratischer Parteijugendorganisationen, PulsOfEurope, der Jungen Europäischen Förderalisten (JEF) und der Liberalen Hochschulgruppe Darmstadt, zur Europawahl 2019 am 26.05.2019, Werbung zur Teilnahme und zum Aufruf wählen zu gehen, in den Mensen auf den Infoscreens, zu schalten und Flyer auszulegen. Auf Anfrage, bei der beim Studierendenwerk zuständigen Stelle wurde mit oben fettgedruckter Passage gegen unsere Anfrage argumentiert.

Im Zuge der starken Polarisierung durch Populismus, Kollektivismus, Antisemitismus, Nationalismus und Rassismus in allen europäischen Staaten inklusive der Bundesrepublik Deutschland, sowohl von Rechts, durch die NPD und AfD, welche offen den sogenannten “Dexit” fordern, als auch von Links, durch die KPD und die MLPD welche mit “EU = KRIEG” offen die “fdGO” angreifen und das “Projekt EUROPA” ebenso ablehnen, sieht die Liberale Hochschulgruppe die gesamte Studierendenschaft Fraktions- und Gremienübergreifend in der Pflicht die Studentinnen und Studenten* zu dieser historischen und Richtungsweisenden Wahl und anderer demokratischer Wahlen NEUTRAL darauf hinzuweisen, wählen zu gehen.

**Aus Gründen der Lesbarkeit wird in den Anträgen der Liberalen Hochschulgruppe darauf verzichtet, geschlechtsspezifische Formulierungen zu verwenden. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf alle Menschen in gleicher Weise.*

Anlage Resolution R2 (in geänderter Form angenommen)

Resolution: Zugang zur Briefwahl erleichtern

Antragsteller: Liberale Hochschulgruppe

Das Studierendenparlament der TU Darmstadt möge beschließen:

Die Studierendenschaft fordert den Kanzler der TU Darmstadt in seiner Funktion als Wahlleiter auf, den Zugang zur Briefwahl bei den Hochschulwahlen zu erleichtern.

Dazu soll die Briefwahlbeantragung via E-Mail ermöglicht werden. Die Beantragung der Briefwahl auf postalischem Wege soll erhalten bleiben.

Desweiteren soll ein Online-Formular zur Beantragung der Briefwahl auf der Webseite des Wahlamtes eingerichtet werden.

Die Briefwahl soll verstärkt beworben werden.

Außerdem soll die Möglichkeit der Briefwahl an der Urne in den Räumlichkeiten des Wahlamtes zu den üblichen Öffnungszeiten angeboten werden.

Diese Maßnahme sieht die Studierendenschaft als notwendig an, um die Wahlbeteiligung langfristig zu erhöhen.

Begründung:

erfolgt mündlich

ÄNDERUNGSANTRAG ZU R2

Antragsstellende: Lasse Stelzer (SDS), Maike Arnold (CG)

Ersetze den Antragstext durch:

Das Studierendenparlament bildet eine offene Arbeitsgruppe die sich mit den Regularien der Wahl des Studierendenparlaments – insbesondere der jeweiligen Satzungsabschnitte – beschäftigt. In diesem Kontext prüft die AG insbesondere Ausschlussfristen bzw. Möglichkeiten zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Notwendigkeit von Unterstützer*innenlisten, Ausschluss von Bewerber*innen aufgrund falscher Wahlfachschaft sowie auch die aktuellen Möglichkeiten der Briefwahl.

Begründung: erfolgt möglich

Resolution: TU-LKW mit Abbiegeassistenzsystemen ausstatten

Studierendenparlament der TU Darmstadt, Sitzung vom 13. Juni 2019
Antragsteller*innen: FACHWERK

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Präsidium der TU Darmstadt wird aufgefordert,

1. alle auf die TU Darmstadt zugelassenen LKW mit Abbiegeassistenzsystemen auszustatten,
2. die Fahrer*innen im Umgang mit den Systemen sowie den bereits vorhandenen Haupt-, Weitwinkel-, Front- und Rampenspiegeln zu schulen,
3. Rangier- und Stadtfahrten nur mit Einweiser*innen oder Beifahrer*innen durchzuführen,
4. regelmäßige Fahrsicherheitstrainings für die Fahrer*innen anzubereiten, in denen auf die besondere Gefährdungslage von Fußgänger*innen und Radfahren hingewiesen wird,
5. die Forschung und Lehre im Bereich der Verkehrssicherheit zu fördern,
6. die verbesserte Ausstattung ihrer Fahrzeuge öffentlich zu bewerben (z.B. großflächige Beklebung) und
7. es zu unterlassen, irreleitende Aktionen zum "toten Winkel" durchzuführen.

Begründung

Am 12. Juni 2019 zeigte die TU Darmstadt im Rahmen ihres Sommerfestes einen ihrer LKW. Bei dem Fahrzeug waren Sichtfelder durch Pappkartons künstlich eingeschränkt. Die Aktion sollte wohl auf einen "toten Winkel" hinweisen, der durch die Einschränkung der Sichtfelder erst erzeugt oder deutlich vergrößert wurde. Solche Aktionen sind geeignet, die subjektiv wahrgenommene Verantwortung für Unfälle von den Verursachern von Gefahren (Betreiber*innen von LKW) auf die Opfer (Fußgänger*innen, Radfahrende) zu verlagern und dadurch die Öffentlichkeit im Umgang mit LKW zu verunsichern.



TU-LKW auf dem Sommerfest mit teilweise abgeklebten Sichtfeldern. Foto mit freundlicher Genehmigung von @downloads auf Twitter (<https://twitter.com/downloads/status/1138967492699795458>)

Viele Studierende und Beschäftigte der TU Darmstadt nutzen Fahrräder oder gehen zu Fuß, um sich zu und auf den Campi der TU Darmstadt zu bewegen. Dabei sehen sie sich regelmäßig mit LKW konfrontiert, die sie in große Gefahr bringen können. Einen Teil dieser LKW betreibt die TU Darmstadt selbst.

- Die Aus- und Nachrüstung von Abbiegeassistenzsystemen wird derzeit vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert (https://www.bag.bund.de/DE/Navigation/Foerderprogramme/AAS/aas_node.html)
- Weiterführende Informationen beim ADFC Berlin (<https://adfc-berlin.de/radverkehr/sicherheit/information-und-analyse/121-fahradunfaelle-in-berlin-unfallstatistik/222-exkurs-der-tote-winkel.html>)

Begründung der Eile

Die Sommerfest fand erst nach Ablauf der satzungsmäßigen Antragsfrist statt.